

Bezugspreis:
Stretelshel, 10,50 Mk. monatl. 2,50 Mk.
rei ins Haus. voraus zahlbar. Post-
bezug monatlich 2,50 Mk. zzgl. Zu-
stellungsgeld. Unter Kreuzband für
Deutschland und Ostereich-Ungarn
6,75 Mk. für das übrige Ausland
10,75 Mk. bei täglich einmal. Zustellung
5,75 Mk. Postbestellungen nehmen an
Dänemark, Holland, Luxemburg,
Schweden u. die Schweiz. Eingetragen
in die Post-Zeitungs-Preisliste.

Telegraphische Adressen
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achteckige Anzeigenzeile
(ohne 1,50 Mk. Leuchtungszuschlag 60%)
„Kleine Anzeigen“, das ist
gedruckte Wort 75 Bsp. (zulässig zwei
Zeilen) 30 Bsp. Stellenanzeigen und
Schlussanzeigen des ersten Wort
65 Bsp. jedes weitere Wort 40 Bsp.
Worte über 15 Buchstaben zählen für
zwei Worte. Leuchtungszuschlag 50%.
Familien-Anzeigen, politische und
gemeinschaftliche Vereine - Anzeigen
1,50 Mk. die Zeile. Anzeigen für die
nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
nachmittags im Hauptgeschäft Berlin
SW 66, Lindenstraße 3, abgegeben
werden. Beendet von 9 Uhr früh bis
5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Mittwoch, den 24. Dezember 1919.
Vorwärts-Verlag S. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Kritik der Kohlenverteilung.

Dem Gerechten müssen alle Dinge zum Besten dienen.
So gefallen sich denn auch rechtsparteiliche Regierungs-
gegner in einer sich überlegen gebärdenden Kritik der Kohlen-
verteilung. Natürlich beweist auch darin die Regierung ihre
„totale Unfähigkeit“, natürlich müssen „zu diesem Zweck vor-
gebildete Beamten“, nicht „überhebliche Arbeitersekretäre“
mit der Organisation und Durchführung der Kohlenverteilung
betraut werden, wenn es besser gemacht werden soll.

Auch uns erscheint die Art der Kohlenverteilung durch-
aus nicht tadellos. In der Hauptsache liegen ihre Schwierig-
keiten aber doch in der großen Unzulänglichkeit der zur Ver-
teilung bereiten Mengen. Was aber die Organisation
der Verteilung anlangt, so hat sich daran durch
die politische Umwälzung gar nichts
Kennenswertes geändert! Der, wenn wir nicht
irren, im Frühjahr 1917 eingesetzte Reichskohlenkom-
missar amtiert heute noch an derselben Stelle. Er
ist ein dafür besonders vorgebildeter Fachmann. Oder kann
ein Geheimer Oberbergamt und Bergwerksdirektor nicht als
Fachmann für die Kohlenwirtschaft gelten? Ihm zur Seite
steht ein Stab von bergbautechnisch und kaufmännisch vor-
gebildeten Mitarbeitern. Nicht ein einziger Ar-
beiter- oder Gewerkschaftssekretär ist dar-
unter. Von dieser Zentralstelle wird je nach den verfüg-
baren Mengen und der volkswirtschaftlichen Bedeutung der
Verbrauchergruppen der wechselnde Verteilungsplan aufge-
stellt. Für die Ueberwachung der Durchführung des Ver-
teilungsplanes sind im Lande zahlreiche amtliche Kontroll-
stellen eingerichtet; ebenfalls schon unter der früheren Re-
gierung. Es gibt wohl hundert Kontrollstellen. Auch
hier wird man keinen Arbeiter- oder Ge-
werkschaftssekretär finden, sondern Herren, die
bereits vor der Novemberrevolution diese Äm-
ter inne hatten.

Als Ausführungsorgane des Reichskohlenkommissars
kommen praktisch die Kohlenyndikate und die von
ihnen errichteten regionalen Kohlenhandelsge-
sellschaften in Betracht. Hier stoßen wir auf jene Verkaufs-
gesellschaften, deren kaufmännische Tüchtigkeit doch sonst
von den rechtsparteilichen Volkswirten über den grünen
Baum gerühmt wurde! Auch in der Leitung der
Syndikate und ihrer Nebenstellen sieht kein
einziger Arbeiter- und Gewerkschaftssekretär.
Dieselben Gruppen und Herren, die der Direktion
jener Verkaufsgesellschaften vor der Novemberrevolution an-
gehörten, sind auch heute noch die Dirigenten. Die durch das
Reichskohlenwirtschaftsgesetz und seine Ausführungsbestim-
mungen vorgesehene Mitwirkung von Arbeiter- und Ange-
stelltenvertretern im Reichskohlenverband und in den Syndi-
katsleitungen ist praktisch noch nicht in Erscheinung getreten.
Die Einführung dieser Vertreter ist erst im Gange.

Wir können uns also die für unsere Kohlenverteilung
verantwortlichen amtlichen oder halbamtlichen Persönlich-
keiten ansehen. Von der Berliner Zentralstelle herab bis zu
den örtlichen Kontroll- und Verteilungsorganen, überall fin-
den wir die noch von der früheren Regierung ein-
gesetzten Direktoren und ihre Hilfsarbeiter. Wenn irgendwo,
dann haben in unserer Kohlenwirtschaft eigens vorgebildete
Fachleute die Möglichkeit behalten, ihr Können und Wollen
zu beweisen. Die Regierung, der man „parteilich-politischen
Kameraschacher“ vorwirft, hat nicht einen einzigen
von der früheren Regierung für die Organisation und
Durchführung der Kohlenverteilung eingesetzten Beamten
durch einen „Parteiungünstling“ ersetzt. Der Reichskohlen-
kommissar und sein Stab erfreuen sich dabei einer Selbst-
ständigkeit der Entschickung, wie sie kaum
anderswo bei einer Kontrollstelle zu finden, mit Rücksicht auf
die Sachlage aber verständlich ist. Auch in dieser Hinsicht hat
sich an der Stellung des Reichskohlenkommissars seit der No-
vemberrevolution nichts geändert.

Wenn also unsere Kohlenverteilung zu berechtigten
Klagen Anlaß geben sollte, was wir durchaus nicht bestreiten,
so wollen die oppositionellen Kritiker gefälligst beachten, daß
die Organisation der Kohlenwirtschaft in den Händen der-
selben Amtstellen liegt, die schon von der früheren Re-
gierung eingesetzt sind. Keine dieser verantwortlichen
Amtstellen ist nach der Revolution auf dem Wege des „Partei-
schacher“ von „Parteiungünstlingen“ besetzt worden. Keiner
der von den Rechtsparteiern so geringschätzig beurteilten
Arbeiter- oder Gewerkschaftssekretäre dirigiert in der Or-
ganisation der Kohlenverteilung. Das tun nach wie vor
der Novemberrevolution im Kohlenberauben und im Kohlen-
handel vorzubereiten und einarbeitete Fachleute. Nach
deren politischer Einstellung hat diejenige „korrupte“ Re-
gierung nicht gefragt. Wäre unsere Kohlenverteilung nicht,
so würde das, soweit nicht der Kohlenmangel überhaupt die
Ursache ist, doch nur beweisen, daß die vorgebildeten Fach-
leute, die von der früheren Regierung eingesetzt sind, auch
nur mit Unrecht...

Clemenceaus „Schwanengesang“.

Stacheldraht um Sowjetrußland.

Die Pariser Kavabagentur bringt einen kurzen Auszug der
letzten französischen Kammer Sitzung, deren Höhepunkt eine Rede
Clemenceaus war. Er gab einen Bericht über die mit Eng-
land und den Vereinigten Staaten „abzuschließenden“
Garantieverträge. Ueber den Inhalt der auf der Londoner
Konferenz geleisteten Arbeiten schweigt sich die Meldung leider
aus, und es wäre doch gerade interessant, darüber zu erfahren, da
man bisher nur weiß, daß sich Clemenceau in London und Washing-
ton alles, nur keine Vorbeeren geholt hat. Wohl sagt er, daß
Berthelot die Verhandlungen in London noch weiterführe,
doch ist es bezweifelnd, daß er sein Liebeswerben um England
fortsetze und die Notwendigkeit eines engen Bündnisses von
neuem darlegen mußte. Die westlichen Probleme streifte er nur
mit nichtsfagenden Allgemeinheiten: man hoffe, die Plume-
frage in befriedigender Weise zu lösen; die anatolischen, syrischen,
polnischen und balkanischen Risse sind so wenig geknackt, wie man
etwas weiß, was man mit Konstantinopel anfangen soll.

Deutlicher, wenn auch nicht christlicher sprach er von Ruß-
land. Wegen Sowjetrußland erging er sich in den bestigsten
Ausbrüchen. Die Moskauer Regierung sei die barbarischste und
bestschlechte, die je existiert habe. „Nicht nur machen wir keinen
Frieden mit Sowjetrußland, wir werden uns auch nicht
mit ihm abfinden!“ Der für die vereinigten Sozialisten ungünstige
Wahlengang gibt dem Alten den Mut, ihnen ins Gesicht zu
schlagen. Dann aber schließt das Kapitel in dunkleren Tönen.
Clemenceau ist mit den russischen Gegenrevolutionären nicht zu-
frieden. Er läßt die schweren Opfer auf, von denen er an-
genommen hätte, daß sie „das Land wieder aufrichten“ würden

und betonte, daß diese Aufwendungen nicht ewig weiter
bauern würden. Dann kommt ein platter Anflug, dessen
Zweck sofort deutlich wird. Clemenceau behauptet, Deutschland
schide sich an, heimlich einen Teil Rußlands zu
kolonisieren, deshalb müsse man um Rußland einen
Stacheldraht ziehen.

Clemenceaus Rede schloß mit dem Hinweis, daß man vom
Reden zur Tat übergehen müsse, knüpfte daran sehr logisch die
Erklärung an, daß die Regierung nach Beendigung der
Wahlen zurücktreten werde und hob hervor, daß das kein
Scheinrücktritt sein werde. Ein kleiner Trick, um die heimi-
lich erhoffte Wiederberufung in helleres Licht zu rücken und seiner
Rede den stillen Reiz eines Schwanengesangs zu verleihen.

Nach der üblichen Guldigung fragte Cahin an, ob es
wahr sei, daß „einige Nationen“ sich in den Dardanellen und
in Konstantinopel festgesetzt hätten. Clemenceau ver-
neinte dies. Was Cahin auf die Herausforderung wegen
Rußland zu sagen hätte, wird von dem Bericht nur nicht-
sagend gestrichelt, wir werden später darüber berichten. Schließlich
nahm die Kammer folgende Tagesordnung mit 458 Stimmen
gegen 71 Stimmen an:

Die Kammer billigt die Erklärung der Regierung und
spricht ihr das Vertrauen aus. Sie verwirft jeden Zusatz
und geht zur Tagesordnung über.

Damit hat Clemenceau wieder einen reiflosen Erfolg errungen,
und man wird gut tun, mit dem Kurs seines Willens und seiner
geistigen Verfassung in jeder Beziehung und noch auf lange Zeit
hin aus zu rechnen.

Vor einem Jahr.

Die jetzige Zeit vergeht schnell, wo Ereignis sich auf
Ereignis drängt. Und so ist den meisten Berlinern kaum
noch die Tatsache gegenwärtig, daß vor einem Jahre in
Berlin blutige Weihnächten gefeiert wurden. Berlin erlebte
den ersten Putsch größerer Stills nach der Revolution, der
dann in den Januarämpfen eine blutige Erneuerung er-
fahren sollte. Aber schon in den Weihnachtstagen 1918 wurde
von putschistischen Elementen die Grundlage gerümpelt,
auf der Ausbau und Sicherung der revolutionären
Errungenschaften allein möglich war, die Einigkeit des
Proletariats. Die Gefahr der Gegenrevolution, bis
dahin ein Phantomb, wurde damals von verhetzten und un-
besonnenen Elementen zuerst heraufbeschworen.

Den Ausgang bildeten Differenzen zwischen der Volks-
marinedivision und den Volksbeauftragten. Die Volks-
marinedivision, die sich im Schloß und Marfall einquartiert
hatte, hauste dort in einer Weise, die ihre Entfernung not-
wendig machte. In langwierigen Verhandlungen wurde
eine Einigung erzielt, die Volksmarinedivision stellte aber
noch Forderungen, welche die Wohnung betrafen. Auch hier-
über gelang es, eine Einigung zustande zu bringen. Da
hegte der damalige Führer der Volksmarinedivision, der mit
den Putschisten unter einer Decke stehende Dorenbach,
die schon beruhigten Matrosen mit Hilfe eines gefälsch-
ten Dokuments, einer angeblichen — in Wirklichkeit
nicht vorhandenen — Zusicherung der Finanzminister Süde-
lum und Simon, von neuem auf. Die Matrosen zogen vor
die Reichskanzlei und setzten dort die Volksbeauftragten —
die unabhängigen Volksbeauftragten waren „zufällig“ nicht
anwesend — für mehrere Stunden gefangen. Ferner be-
mächtigten sie sich des Stadtkommandanten Wels, seines
Adjutanten Fischer und des Intendanturrats Dr. Von-
gors, die im Marfall eingesperrt und bedroht
wurden. Als der Führer der Volksmarinedivision Radke
an die Regierung telephonierte, daß er für das Leben
von Wels nicht mehr garantieren könne, ent-
schloß sich die Regierung mit Militärmacht vorzugehen.

Am Morgen des 24. fanden erbitterte Kämpfe
am Schloß und im Marfall statt. Aber nach anfäng-
lichen Erfolgen zogen sich die Regierungstruppen im
Rücken von bewaffneten Spartakisten sowie Volksmännern von
Frauen und Kindern, die jene zur Sicherheit vor sich her
schoben, von hinten umringt und angegriffen. Wie sich später
herausstellte, hatte der unabhängige Polizei-
präsident Eichhorn im Polizeipräsidium Spartakisten
und Linksradikale planmäßig bewaffnet und nach dem
Bombenabwurf geschickt, um die Aktion der Regierungstruppen
schwieriger zu machen. Dies gelang auch zum Teil. Um nicht auf
Frauen und Kinder schießen zu müssen, zogen sich die
Truppen zurück. Nochmals kam ein Vergleich zustande.

Aber der erste Weihnachtstieftag brachte eine neue Ge-
walttat. Schon am Abend des 23. vor die Vorwärts-
Redaktion von bewaffneten Matrosen bedroht worden. Am
24. wurden die Matrosen von der Polizei...

waren, wurde der „Vorwärts“ von einem betrauten
Haufen besetzt, der sich vor dem Polizeipräsidium gebildet
hatte. Nach langwierigen Verhandlungen wurde der „Vor-
wärts“ am 26. wieder geräumt, aber schon damals erklärte
die „rote Fahne“, die Spartakistischen Arbeiter würden in
kurzer wieder kommen und dann nicht mehr
gutwillig das Feld räumen, wie das am 5. Januar zur
Tat wurde.

Die Unabhängigen aber nahmen die Ereignisse der
Weihnachtsfeierlage zum Vorwand, um die gemein-
schaftliche Regierung zu sprengen und aus ihr
auszutreten. Es war ein Vorwand. In Wirklichkeit loben
sie mit zunehmender Besorgnis, wie ihre Anhänger zu den
Spartakisten herübergingen, weil die unabhängigen Re-
gierungsmitglieder in ihrer verantwortlichen Stellung
ebensowenig wie die Mehrheitssozialisten
die radikalen Agitationsforderungen der
äußersten Linken erfüllen konnten und den Verhältnissen
Rechnung tragen mußten. Sie scheuten die Last der Verant-
wortung und ergriffen die erste Gelegenheit, um sich in die
bequeme Oppositionsbede zurückzuziehen, wo sie
nur noch zu agitieren und zu kritisieren, aber nicht mehr
verantwortlich zu handeln brauchten. Damit hatte die seit
den Novembertagen unangesehene alleinige Nachposition
der Arbeiterschaft den ersten schweren Stoß erhalten.
Der von den Ausgeschiedenen im Januar inszenierte Bürger-
krieg verletzte ihr den zweiten Stoß, er kostete die Ar-
beiterschaft die Mehrheit in der Nationalversammlung.

Die baltische Gefahr.

Ein in der Berliner Bewegung bekannter Parteigenosse,
der jetzt in Lissit weilt, schreibt uns:

In meiner Eigenschaft als Parteisekretär hier im Osten
habe ich Gelegenheit gehabt, mir ein Urteil über die jetzige
politische Lage zu bilden, wie sie sich hier durch die baltische
Politik gestaltet hat.
Die Frage, die hier alle freieitlich gefinnnten Ge-
müter bewegt, ist die Politik der Reichsregierung und
Winnigs den zurückgekehrten Baltikum-
truppen gegenüber. Der überwiegende Teil der
„Eisernen Division“ und der „Deutschen Legion“ bildet
ohne Zweifel eine Gefahr. An ihren Transportwagen
hatten sie beispielsweise folgende Aufschriften: „Gott die
Monarchie, Gott Kaiser Wilhelm, Roske
kann sich laufen...“ und dergleichen mehr. Aus ihrer
Abneigung gegen die Reichswehrtruppen machen diese
modernen Landsknechtsscharen, welche zum Teil mit weib-
lichem Anhang aus dem Baltikum hier eingetroffen
sind, durchaus kein Hehl. Dektors kommt es zu Zusam-
menstößen zwischen diesen Truppenteilen, weil die
„Eisernen“ die Reichswehr als „trenlos dem Kaiser
gegenüber“ bezeichnen. Aber schlimmer ist es schon,
wenn Ententeangehörige von diesen Leuten ange-
griffen werden. Was daraus für neues Unglück für das
deutsche Volk entstehen kann, wird wohl jedem Einsichtigen
klar sein. Die baltische bürgerliche und nationalistische Presse





